

Energieberatung aus dem Ukraine-Notkredit Schleswig-Holsteins

## Vergeudung von Steuergeld

Energieberater haben goldene Zeiten. Denn die Anträge auf staatliche Förderung zur energetischen Sanierung von Bestandsimmobilien sind an ein Gutachten von ihnen gebunden – das ebenfalls gefördert wird. De facto ähnelt diese Konstruktion einem Vertrag zugunsten Dritter. So auch in Schleswig-Holstein. Der Kunde zahlt hier für die Analyse eines Ein- oder Zweifamilienhauses pauschal 49 Euro. Der Landeszuschuß von 941 Euro stammt aus dem Ukraine-Notkredit dazu, was haushaltsrechtlich gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (2 BvF 1/22) verstoßen dürfte (sachliche und zeitliche Verschiebung von Kreditmitteln). Die Kieler Landesregierung hat so 2,4 Millionen Euro bereitgestellt. Das am 1. Juli begonnene Programm endet mit dem Verbrauch der Fördermittel, spätestens am 15. Dezember. Allein diese Zeitspanne erweckt den Eindruck einer „heißen Nadel“ – was der durchführende Organisator des Programms, der Verband Haus & Grund Schleswig-Holstein, auf Nachfrage auch bestätigt.

Stein des Anstoßes sind nicht die Verwaltungskosten von 510.000 Euro (21 Prozent der Fördersumme), die in das dreiköpfige Projektteam bei Haus & Grund fließen. Vielmehr ist es die vom Energieberaterverband GIH geäußerte Vermutung, daß das rein auf Ferndiagnose basierende Beratungsprodukt „Energetische Hausanalyse“ der Berliner Firma Fuchs & Eule der Individualität einer Immobilie in keiner Weise gerecht wird, dazu noch als überteuert erscheint. Zunächst muß der Kunde alle geforderten Daten „uploaden“: Grundriß mit Maßangaben (Außenmaß, Außenwanddicke, Maße von Fenstern & Türen), den Schnitt mit Maßen sowie Fotos der Außenansicht aller vier Seiten des Hauses. Optional werden weitere Doku-

mente angefragt, etwa der Außenwandaufbau, der Wärmeschutz der Fenster, der Dichtungsstand oder Dachaufbau. Zur Unterstützung der Datenaufnahme wird dem bautechnischen Laien die Vermittlung einer nicht geschulten Hilfskraft für zusätzlich 49 Euro angeboten.

Nach einem telefonischen Analysegespräch mit einem Fuchs & Eule-Mitarbeiter erstellt der Dienstleister ein 3D-Modell des Hauses und analysiert die Potentiale diverser Sanierungsmaßnahmen – alles per Software und digital. Ein abschließendes Telefonat mit einem „Energie-Effizienz-Experten“ klärt offene Fragen, so die Beschreibung. Fazit: Die schwarz-grüne Landesregierung hat ihre vermeintliche Schuldigkeit zur Erreichung der CO<sub>2</sub>-Neutralität getan, den Kunden kostet es fast nichts und beruhigt sein Gewissen. Haus & Grund weitet sein Kompetenzspektrum auf Kosten der Landeskasse aus, und den Reibach macht ein Berliner Dienstleister.

Was hier nur nach einem finanziell begrenzten Schildbürgerstreich und einem Fall für den Landesrechnungshof aussieht, kommt – verallgemeinert für die Bundespolitik – Deutschland immens teuer zu stehen. Die scheinbare Entscheidungshilfe ist nicht nur dem privaten Hauseigentümer kaum nützlich. Sie kann, beruhend auf einer falschen Datenbasis, zu privaten Fehlentscheidungen führen. Und das trotz staatlicher Förderung durch die Förderbank KfW, die für entsprechende Sanierungen Zinssubventionen, Tilgungszuschüsse zwischen fünf und 45 Prozent sowie eine Kostenbeteiligung von bis zu 70 Prozent vorsieht. Hinzu kommt am Ende, daß die energetischen Sanierungen infolge falscher CO<sub>2</sub>-Preise auch volkswirtschaftlich das politisch gesetzte Ziel zu teils völlig überhöhten Kosten erreichen – wenn überhaupt.



von  
Dirk Meyer

„Das schwarz-grüne Kabinett hat so seine Schuldigkeit zur Erreichung der CO<sub>2</sub>-Neutralität getan.“

Lilium hat Insolvenzantrag für zwei Tochterunternehmen eingereicht

## Deutsche Luftschlösser

Von Jörg Fischer

Cargolifter, Choren, Solarworld oder Wirecard galten bis zur Pleite als Zukunftsunternehmen. Doch diesmal sind die deutschen Steuerzahler – bis auf eine Kooperation mit der RWTH Aachen – wohl nicht involviert: Die in den Niederlanden registrierte, an der New Yorker Nasdaq gelistete und in Oberbayern angesiedelte Flugtaxi-Firma Lilium N.V mußte am Montag beim Amtsgericht Weilheim Insolvenz in Eigenverwaltung für seine Töchter Lilium GmbH und Lilium eAircraft GmbH beantragen. Neun Jahre „Entwicklungsarbeit“ und schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro Investorenkapital waren offensichtlich umsonst.

Der gesunde Menschenverstand wußte es schon vor sechs Jahren, als CSU-Ministerpräsident Markus Söder noch vom Aufbau eines bayernweiten Lufttaxi-Netzwerkes schwärmte: ein rein elektrisch angetriebener, senkrecht startender und landender Siebensitzer ist ein grünes Luftschloß. Dennoch wollte der Science-fiction-Fan Söder Lilium mit 50 Millionen Euro subventionieren – doch die bayrischen Freien Wähler, die Ampel-Partner FDP und Grüne und der Haushaltsausschuß des Bundestages verhinderten die Steuerverwendung für die windige

Zeitgeistfirma, die mit Marketing-Sprüchen wie „Building radically better ways of moving“ oder „A revolution in sustainable, high-speed regional air mobility“ allerdings naive Kapitalgeber überzeuhte. Natürlich sind ferngesteuerte Drohnen ohne Personentransport ein Zukunftsmarkt – nicht nur im Zivilbereich. Doch die meisten militärischen Drohnen, die im Ukrainekrieg oder im Nahen Osten eingesetzt werden, sind in der Regel „fossil“ angetrieben, wie Klimapaniker es formulieren würden.

Ein aktueller Tesla Y, der als innerstädtisches Taxi unterwegs ist, wiegt ohne Fahrer und Passagiere zwei Tonnen – wegen seiner schweren Batterie. Ein 50 Jahre altes Reiseflugzeug wie die siebensitzige Piper PA-32 Cherokee wiegt vollgetankt nur 1,6 Tonnen – aber bei 1.300 Kilometer Reichweite. Ein leichter MD-500-Hubschrauber wiegt 1,4 Tonnen, kommt aber wie ein übliches E-Auto nur auf bestenfalls 400 Kilometer Reichweite. Und jeder, der in Physik nicht geschlafen hat, weiß, daß das Starten, Fliegen, Schweben und die Landung immer mehr Energie verbraucht als das Rollen im Auto. Bleibt die Frage: Wie lange bleibt die Volocopter GmbH noch im Flugtaxi-Business?



Robert Habeck in Indien: Anwerbeabkommen, aber kein Freihandel mit dem 1,4-Milliarden-Einwohner-Land

## Düstere Aussichten

Freihandel: Die Regierungsreisen nach Indien helfen der europäischen Exportindustrie wenig

ALBRECHT ROTHACHER / JÖRG FISCHER

Neben Olaf Scholz besuchten im Oktober mit Annalena Baerbock, Bettina Stark-Watzinger, Hubertus Heil und Robert Habeck auch vier seiner Minister Indien. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des 1,4-Milliarden-Einwohner-Landes liegt nur bei einem Fünftel der EU, aber die Ober- und Mittelschicht sind begehrte Konsumenten der Exportindustrie, und der Arbeitsminister will mit über 30 Anwerbeabkommen „qualifizierten Inder“ in Deutschland neue Erwerbsperspektiven bieten.

Da Verteidigungsminister Boris Pistorius krankheitsbedingt absagen mußte, versprach der Kanzler höchstpersönlich den Indern neue militärische Kooperationen und Rüstungslieferungen, um die größte Demokratie der Welt nicht vollends an die BRICS-Gruppe um China und Rußland zu verlieren. Weniger harmonisch verlief Habecks U-Bahnfahrt in Delhi mit Handelsminister Piyush Goyal, der aber auch schon vor den deutsch-indischen Regierungskonsultationen den deutschen Protektionismus sowie die stockenden Freihandelsgespräche mit der EU bitterlich beklagte.

Allenfalls bilaterale Abkommen mit ausgewählten Partnern

Brüssel bestehe auf „irrationalen Standards“ und „unfairen Regeln“, speziell der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich (CBAM) werde ohne Abkommen die indischen Exporte in die EU zusätzlich verteuern – doch den Green Deal will nur die AfD abschaffen. Der künftige EU-Handelskommissar, der Slowake Maroš Šefčovič soll nun mit Indien verhandeln. Doch dessen marode Staatsindustrien und mit „fossilen“ Energien hergestellter Stahl oder Zement passen schwerlich ins „klimaneutrale“ Europa. Auch Lieferketten-Schikanen und Entwaldungsrichtlinien behindern den Handel nicht nur mit Indien.

Doch der wachsende Verlust der Exportmärkte in China und den USA, die sich durch Importbarrieren und Staatssubventionen protektionistisch abschotten, macht auch der gebeutelten deutschen und EU-Exportindustrie schwer zu schaffen. Um sich vom chinesischen Markt, bisher dem größten Hoffnungsträger, zu diversifizieren, braucht sie neue zollfreie Absatzmärkte. Zwar gibt es die Welthandelsorganisation WTO in Genf. Doch wird

von den USA ihre Schiedsstelle durch die Nichternennung von Richtern blockiert, so daß auch China, Indien und Rußland glauben, sich an keine WTO-Regeln mehr halten zu müssen. Die multilaterale Doha-Freihandelsrunde ist tot, und die Ernennung der nigerianischen Ex-Finanzministerin Ngozi Okonjo-Iweala zur WTO-Generaldirektorin hat nichts gebracht.

Die Alternative für die EU war es, mit der Verhandlungsmacht von fast 450 Millionen Verbrauchern bilaterale Freihandelsabkommen abzuschließen. Bis vor zehn Jahren funktionierte dies noch gut: der EWR mit Norwegen, Island und Liechtenstein, bilaterale Abkommen mit der Schweiz, die Zollunion mit der Türkei, Assoziationsabkommen mit dem Westbalkan und den Mittelmeeranrainern, Freihandelsabkommen mit Japan, Südkorea, Vietnam, Singapur sowie mit Mexiko, Zentralamerika, Kolumbien, Peru, Ecuador und Chile. Mit Ach und Krach gelang es noch 2017, das Ceta-Abkommen mit Kanada vorläufig in Kraft zu setzen.

Dann klappte fast nichts mehr. Donald Trump brach die Verhandlungen zum transatlantischen Abkommen (TTIP) ab. Die ebenso protektionistischen Demokraten unter Joe Biden zeigten keine Neigung zur Wiederaufnahme. Mit Australien scheiterten die Verhandlungen am Beharren der EU am Schutz für Herkunftsbezeichnungen wie „Feta“, „Parmigiano“ und „Prosecco“. Zudem werden die Verhandlungen zunehmend von Zusatzforderungen wie Menschen- und Arbeitsrechten und zum Klimaschutz belastet. Themen, die die meisten Länder und nicht nur Minister Goyal als „grünen Kolonialismus“ ansehen.

So wurde zwei Jahrzehnte am Mercosur-Abkommen mit Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay verhandelt, das mit 715 Millionen Verbrauchern die größte Freihandelszone der EU wäre – mit einem gewaltigen Potential für unsere Chemie-, Maschinenbau- und Autoindustrie. Doch eine Allianz von Greenpeace bis zu den Bauern blockiert die Annahme des 2019 geschlossenen Abkommens. Seine Rindfleischquote für die EU (mit 7,5 Prozent Importzoll) beträgt nur 99.000 Tonnen für alle vier Mercosur-Länder gemeinsam. Das wären 220 Gramm pro EU-Fleischesser. Daher verlieren die Mercosur-Partner die Geduld. Sie könnten auch mit China, tönt es aus Buenos Aires und Brasília, das sich um Regenwälder wenig schert.

Auf EU-Seite merkt man den Abgang der freihändlerisch gesonnenen pragmatischen Briten schmerzlich. Handelsfeindliche Argumente setzen sich dank der Südländer im Ministerrat und

der Kommissionsführung immer mehr durch. So gelang es während der Brexit-Verhandlungen nicht einmal, eine Zollunion mit Großbritannien durchzusetzen, das 47 Jahre lang alle EU-Verordnungen umgesetzt hatte. So befürchtete Brüssel, über die innerirische Grenze könnte billige Importware auf den EU-Binnenmarkt kommen. Ein Argument war auch, daß Damen-Hygieneartikel in England steuerbefreit sind und deshalb geschmuggelt werden könnten. So wurden Regeln ohne Zölle und aufwendigen Papierkrieg verhindert.

EU-Außenhandelspolitik in der protektionistischen Defensive?

In Summe gelang der EU im Jahrfünft der Herrschaft von Ursula von der Leyen nur ein einziges Abkommen, nämlich mit dem Commonwealth-Mitglied Neuseeland mit nur 5,4 Millionen Einwohnern am andern Ende der Welt. Die Umleitung der Handelsströme vom chinesischen Markt mit 1,4 Milliarden Einwohnern sieht wohl anders aus.

Es muß jedoch nicht immer gleich zollfreier Freihandel sein. Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Normen, Zertifizierungen, Standards und Tests würden teure Zollformalitäten und technische Vorschriften, als sogenannte nichttarifäre Handelshindernisse, vermindern. Aber dann drohen amerikanische Chlorhühner und der genetisch veränderte Mais von den US-Farmen, die uns möglicherweise vergiften. So scheint der reale Schwerpunkt der künftigen EU-Außenhandelspolitik eher in der protektionistischen Defensive zu liegen.

Wie im Kommissions-Weiße Buch zur wirtschaftlichen Sicherheit dargestellt, geht es dabei um Handlungsinstrumente, wie die jüngsten Strafzölle für chinesische E-Autos, Exportkontrollen, Investitions-Screening und Gegenmaßnahmen bei Staatssubventionen in Drittstaaten, wie den USA und China, und Diskriminierungen im internationalen Beschaffungswesen. Schön und gut, solche Marter-Instrumente in der nunmehr gesetzlosen Handlungswelt in der Hinterhand zu haben. Doch sieht eine offensive Handelsstrategie, wie sie die EU bis 2010 noch gepflegt hatte, deutlich anders aus. Für die stagnierende deutsche und EU-Wirtschaft, die seit Jahren ständig Weltmarktanteile verliert, sind dies schlechte Nachrichten.

► [www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Pressemitteilungen/2024/fachkraeftestrategie-indien.pdf](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Pressemitteilungen/2024/fachkraeftestrategie-indien.pdf)



Arbeiten Sie in einer der spannendsten Redaktionen der Hauptstadt. Was Sie erwartet? Interessante Aufgaben und Kollegen. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

**WIR SUCHEN AB SOFORT**

- ▶ Vertriebsleiter/-in
- ▶ Werkstudent/-in als kaufm. Assistenz
- ▶ Redakteursvolontär/-in

Weitere Informationen unter: [jf.de/stellenangebote](http://jf.de/stellenangebote)  
Telefonische Rückfragen unter: 030-86 4953 - 28

Die JF stellt ein

# Wir haben viel vor. Mit Ihnen.

[jf.de/stellenangebote](http://jf.de/stellenangebote)

Chance nutzen –  
jetzt bewerben



**JUNGE FREIHEIT**  
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.